

Utopie ist machbar

Im Mittelpunkt stand die Frage, wie wir angesichts unseres Ziels, ‚nicht mehr als 20 Stunden vor der Klasse‘, die Arbeitsbelastung von Lehrer_innen reduzieren können

„Der frühe Vogel fängt den Wurm“, mit dieser Volksweisheit im Hinterkopf hatte sich wohl die neue Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank vorgestellt, die Delegierten positiv auf die rot-grüne Politik einstimmen zu können. Das klappte nur mäßig, obwohl entgegen der Erwartung vieler ihre Vorstellung in ungewöhnlicher Frische überkam. Fünf Wochen im Amt - da lässt sich naturgemäß außer Allgemeinplätzen noch nicht viel sagen. Sie wolle Fehlentwicklungen aufarbeiten, versicherte sie. Von der Sache verstehe sie ja was, habe sie doch in den letzten Jahren an der Uni-Lüneburg in der Wissenschaftsverwaltung diesbezügliche Erfahrungen sammeln können. Ja und von den 100 Millionen, die man beim BaFög einspare, weil bekannter-

maßen der Bund diese Aufwendungen übernommen hat, seien immerhin 40 Millionen über fünf Jahre - so sei es im Koalitionsvertrag festgeschrieben - für den Wissenschaftsbereich vorgesehen. Dass die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse an der Uni oftmals prekär sind, sei ihr bewusst. Da sei einiges zu tun.

Vielleicht war es der frühen Stunde oder aber auch der Aussichtslosigkeit, auf konkrete Fragen konkrete Antworten zu kriegen, geschuldet, dass man die Senatorin nicht weiter mit kritischen Fragen traktierte und sie ungeschoren davorkommen ließ. Den Wurm auf jeden Fall kriegte sie nicht zu fassen. Denn kurze Zeit später konnte der stellvertretende Vorsitzende Fredrik Dehnerdt unsere Kritik an diesem Koalitionsvertrag zu-

sammenfassen mit den Worten: „Die Schuldenbremse darf keine Bildungsbremse sein“. Die 40 Millionen über 5 Jahre könnten noch nicht einmal die Tarifsteigerungen auffangen, geschweige denn zur Finanzierung zusätzlicher Stellen genutzt werden. Überhaupt sei das, was im Koalitionsvertrag an bildungspolitischen Festschreibungen zu finden sei, marginal. Selbst bei den 120 Stellen, die man zusätzlich für die Inklusion schaffen wolle, sei nicht klar, ob sie nicht einfach nur durch Umschichtungen zustande kommen sollen. Umso entschlossener forderte er eine Umkehr im Denken, was die Einnahmeseite des Staates betreffe. Es könne nicht sein, dass sich auf der einen Seite die Rekordmeldungen, die Steuermehreinnahmen betreffend, stapelten, es aber auf der anderen Seite bei den Bildungsausgaben zum Stillstand gekommen sei. Unsere Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass die gerechten Forderungen, die unsere Kita-Kolleg_innen zurzeit gezwungen sind, durch Streik durchzusetzen, allemal auch finanzierbar seien. Man erwarte von der Hamburger Regierung, dass sie ihre Möglichkeiten der Einflussnahme nutze, damit der Tarifkonflikt zu einem gütlichen Ende komme.

Angesichts der sozial gespaltenen Stadt, materiell wie bildungsmäßig, müsse der Staat endlich reagieren, so Fredrik in seiner Begründung zum Antrag: *Rot-Grün in die Verantwortung nehmen – Bildungspolitik stär-*



Die Neue: Will Fehlentwicklungen aufarbeiten – Katharina Fegebank als Wissenschaftssenatorin

Fotos: hlz

Was sonst noch geschah

Gewählt wurde als Nachfolger für Regina Tretow als **Zweiter stellvertretender Vorsitzender Sven Quiring**. Unsere Vorsitzende würdigte in diesem Zusammenhang noch einmal die Leistung von Regina und unterstrich die gute Zusammenarbeit mit ihr im Vorstand. Dass es in der vorletzten Ausgabe der hLz zu der fälschlichen Angabe kam, sie sei aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten (s. hierzu Reginas Gegendarstellung in hLz 5-6/2015, S. 6), sei dem Umstand des längeren krankheitsbedingten Ausfalls geschuldet gewesen, so Anjas Begründung.

Aus Zeitgründen wurden folgende Anträge zur Beschlussfassung an den Landesvorstand verwiesen:

Eine Positionierung der Hamburger GEW zur **Olympiabewerbung**. Der Antrag beinhaltet explizit die sportpolitischen (einschließlich der Auswirkungen auf den Schulsport) und häuslicher Voraussetzungen sowie Fragen der Nachhaltigkeit und der Risikoabschätzung, die aus Sicht des Antragstellers Norbert Baumann gegeben sein müssen, um das Projekt – auch in Hinblick auf die vom Senat angestrebte Volksbefragung – unterstützen zu können. (S. dazu auch Artikel in hLz 1-2/2015, Seite 38) Zwischenzeitlich wurde der Antrag auf der Landesvorstandssitzung (LV-)Sitzung am 23.6. angenommen.

Organisation und Durchführung eines **Fachtages zur Inklusion** seitens des Hamburger Landesverbands der GEW noch in diesem Jahr mit dem Titel: *Armut erzeugt Exklusion – schlechte Bildungspolitik verhindert Inklusion*, „denn wir wissen“ – so heißt es im Antrag – „dass Deprivation und anregungsarme, isolierende Lebensbedingungen im frühen Kindesalter reduzierte Entwicklungsmöglichkeiten schaffen und damit erst Benachteiligungen und Behinderungen produzieren.“ Antragsteller ist die Fachgruppe Sonderpädagogik/Inklusion (Ebenfalls angenommen auf der LV-Sitzung am 23.6.)

Für den Erhalt und den Ausbau des **Türkischstudiums für das Lehramt** an der Uni Hamburg. Dass es einer Begründung bedarf, ist eigentlich schon der Skandal. Aber der Bleiberechtsausschuss lässt es sich nicht nehmen, Selbstverständliches anzuführen: „(...)Türkisch ist nach Deutsch die zweitgrößte Sprache, die in Deutschland gesprochen wird. Laut offizieller Statistik der Schulbehörde sprechen ca. 15 000 Schüler_innen Türkisch in ihren Familien. (...) Eine Lehrer_innenausbildung für das Fach Türkisch gibt es außer in Hamburg nur noch in Duisburg/ Essen. (...) Daher ist dieser Studiengang für den norddeutschen Raum unverzichtbar.“ (Ebenfalls



Unser neuer 2. stellvertretender Vorsitzende Sven Quiring vom Fachbereich Sonderpädagogik/Inklusion

angenommen auf der LV-Sitzung am 23.6.)

Sprachförderung erhalten und ausbauen. Diese wurde u.a. abgebaut, weil viele Schulen in ihrer Not die Stunden für andere Zwecke verwandt haben. Durch die sprunghafte Zunahme der Flüchtlingskinder gebe es naturgemäß einen entsprechenden Mehrbedarf. Abschließend heißt es im Antrag: „Es ist zu befürchten, dass das Sprachförderkonzept aus Kostengründen wieder zurückgefahren wird zugunsten der Inklusion und damit beide notwendigen Förderbereiche gegeneinander ausgespielt werden.“ Dem ist sich entgegenzustellen. (S. Artikel auf Seite 29; ebenfalls angenommen auf der LV-Sitzung am 23.6.)

Angesichts des **Flüchtlingsdramas** auf dem Mittelmeer fordert der Bleiberechtsausschuss: **Fähren statt Frontex!** Ein 10 Punkte-Plan, um das Sterben zu beenden. Wir wollen dem Sterben nicht tatenlos zusehen, so der Tenor des Antrages. Weiter heißt es: „Als Aktivisten beteiligen wir uns seit vielen Jahren an den Kämpfen gegen das europäische Grenzregime. Durch ‚Watch the Med‘ und das ‚Alarm-Phone-Projekt‘ stehen wir alltäglich mit hunderten Menschen in Kontakt, die das Mittelmeer überquert haben. (...) Wir fordern die Einsetzung einer humanitären Fährverbindung nach Lybien, die so viele Menschen wie möglich evakuieren soll. (...)“ Der Antrag wurde ebenfalls angenommen auf der LV-Sitzung am 23.6. JG

ken statt ausbremsen. Unsere Forderungen in Hinblick auf Inklusion (+550 Stellen), die ganztägige Betreuung und den Kita-Personalschlüssel seien klar gestellt. Solange der Senat dies gebetsmühlenartig als überzogene Forderungen diskreditiere, wird es in dieser Stadt keine Ruhe geben, so unser stellvertretender Vorsitzende. Dies gelte auch für die übrigen Bereiche. So sei die Belastung für Referendar_innen, neuerdings „Lehrkräfte in Ausbildung“, was den bedarfsdeckenden Unterricht angehe, viel zu hoch. Wenn denn wirklich eine Ausbildung stattfinden soll, dann, so Fredrik den Antrag zitierend, seien 5 Unterrichtsstunden pro Woche, die Prüfungsphase ausgenommen, die Obergrenze.

Im Bereich der Beruflichen Schulen gelte es, endlich etwas zu unternehmen, um nachhaltig der Ausbildungsplatzmiserie zu begegnen. Wir erwarten, so heißt es im Antrag, „gesetzgeberische Initiativen in Richtung einer Ausbildungsplatzabgabe“ einzuleiten. Darüber hinaus sei die Berufsvorbereitung gleichermaßen auf Stadtteilschulen und Gymnasien hin auszurichten. Die Stellen der dafür abgestellten Kolleg_innen aus den

Berufsschulen dürfen nicht auf deren Stellenpläne angerechnet werden.

Eine arbeitsmarktpolitische Wüste seien die Volkshochschulen. Es sei ein Unding, zu welchen Bedingungen jene 100 Dozent_innen mit dem Status „arbeitnehmerähnliche Person“ arbeiten müssten. Die Forderung im Antrag: „Eine Honorarregelung analog der Berliner VHS mit bezahltem Urlaub bzw. Urlaubsentgelt, Zuschüsse zu Sozialversicherungen und Ausfallhonoraren.“

Die Forderungen waren unumstritten und so wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Lehrer_innen-Arbeitszeit

Nicht so eindeutig war die Meinung in Sachen Arbeitszeit für Lehrer_innen. Vor der eigentlichen Debatte referierte Frank Mußmann von der Uni Göttingen über eine von ihm zu verantwortende Untersuchung über die Arbeitszeit der Kolleg_innen in Niedersachsen. Der dortige Landesverband der GEW hatte die Studie in Auftrag gegeben. Allein die natürlich freiwillige Beteiligung der Kolleg_innen hat alle überrascht. Seit ein paar Monaten dokumentieren an die 4000 Pädagog_innen minutios

die Zeit, die sie in Verbindung mit ihrer Tätigkeit als Lehrer_innen ableisten. (Siehe dazu ausführlichen Bericht auf der Seite 20)

Mußmann betonte auf Nachfrage, dass es sich um eine rein quantitative Betrachtung handle, d. h., die speziell für Lehrer_innen bedeutsame Besonderheit der psychisch-sozialen Belastung werde nicht mit abgebildet. Ungeachtet dieser Einschränkungen kann man gespannt sein, was die Untersuchung zu Tage fördert.

Nach einer inszenierten Debatte, in der mit verteilten Rollen drei Kollegen die jeweiligen Vorzüge einer Arbeitszeitregelung nach Pflichtstunden, alternativem Arbeitszeitmodell und/oder Präsenzmodell priesen, ging es um die Abstimmung eines Antrages des Geschäftsführenden Ausschusses, der, wie es heißt, *Umriss einer neuen, gerechten und fairen Arbeitszeitregelung* aufzeigt (s. Abdruck des Antrages auf S. 17). Umstritten waren dabei, weil als neuerliches Korsett empfunden, u. a. die Prozentangaben der Aufteilung des Arbeitstages nach verschiedenen Bereichen und die 75 Prozentforderung am Ende des Antrages. Hierzu gab es einen Änderungsantrag, der für die am stärksten belasteten Kolleg_innen in einem ersten Schritt eine 2-stündige Unterrichtsentlastung vorsah, die anteilig auf alle übrigen Kolleg_innen übertragen werden sollte. Beide Änderungsanträge konnten sich nicht durchsetzen.

Durchsetzen konnte sich dagegen ein Antrag der Grundschulkolleg_innen, die insbesondere noch einmal auf die prekäre Situation in sozialen Brennpunkten verwiesen. Man sei weit entfernt von einer personellen Ausstattung, die dem Anspruch einer sozialen Kompensation genüge (s. Artikel auf Seite 15).

JOACHIM GEFFERS



Wer hat Recht? Inszeniertes Streitgespräch für und gegen ein Pflichtstunden-, Arbeitszeit- und/oder Präsenzmodell, v.l.n.r.: Joachim Geffers, Dirk Mescher (Moderator), Matias Töpfer, Roland Kasprzak